



OPEN
KNOWLEDGE
FOUNDATION
DEUTSCHLAND

Offene Daten für die parlamentarische Arbeit

Vorwort

Transparenz hilft allen. Wenn der Staat seine Informationen offen für alle zugänglich macht, profitieren nicht nur Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Es profitiert vor allem der Staat selbst.

Denn offene Daten – zum Beispiel im Bereich von Haushalten, legislativen Entscheidungsprozessen oder Vergaben – können dazu führen, dass gesellschaftliche Zusammenhänge besser erschlossen werden und Verwaltungen effizienter arbeiten können. Nicht ohne Grund kommt die größte Gruppe der NutzerInnen offener Daten aus den Parlamenten und der Verwaltung selbst.

Die Open Knowledge Foundation setzt sich dafür ein, dass so viele Menschen wie möglich von offenen Daten profitieren können. Sei es zum Abbau von Barrieren, der besseren Darstellung gesellschaftlicher Probleme oder der Förderung von Start-Ups. Offenheit stärkt das Vertrauen in die Demokratie.

Mit dieser Broschüre wollen wir Ihnen zeigen, wie Sie Anwendungen zu offenen Daten in Ihrer alltäglichen parlamentarischen Arbeit nutzen können. Wenn Sie dazu weitere Fragen haben und mit uns ins Gespräch kommen wollen, kontaktieren Sie uns!



Anna Alberts, Open Knowledge Foundation Deutschland

Projekte

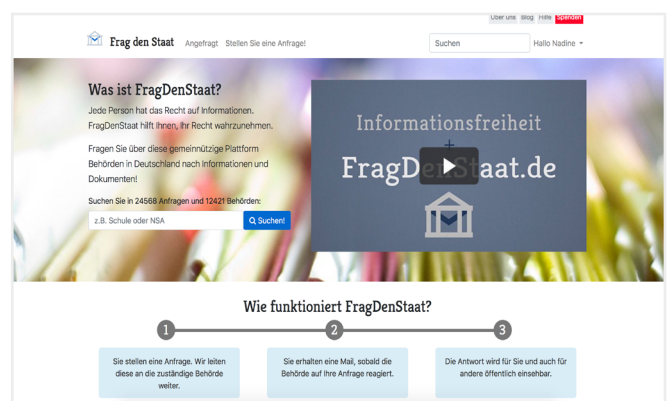
IFG & FragDenStaat

Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) bietet allen Menschen das Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen. Gerade für Mitglieder von Bundestag und Landtagen stellt dies eine Ergänzungsmöglichkeit zum parlamentarischen Auskunftsrecht dar: Sie können über das IFG nicht nur Auskünfte, sondern ganze Kopien von Dokumenten und Daten erhalten.

Dazu gehören u.a. Vermerke, Protokolle, Gutachten, interner und externer Schriftverkehr sowie Gesetzentwürfe. Das Recht auf Zugang zu Informationen kann gerichtlich durchgesetzt werden.

Die Internetplattform FragDenStaat.de macht es in diesem Zusammenhang besonders einfach, selbst mit wenigen Klicks – den jeweiligen Informationsfreiheitsgesetzen entsprechend – Anfragen an Behörden auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene zu stellen und bisherige Anfragen zu durchsuchen. Zudem ermöglicht FragDenStaat, die Bundesbeauftragte für Informationsfreiheit um Vermittlung zu bitten und automatisiert Erinnerungsmails bei Nicht-Beantwortung zu versenden. Mehr als 25.000 IFG-Anfragen und deren Antworten sind online bereits dokumentiert.

Für Abgeordnete bietet FragDenStaat damit die Funktion, eigene Anfragen und den Antwortprozess transparent für die Öffentlichkeit darzustellen, sowohl über Profil-Ansichten als auch über einzelne Anfragen. Dies macht es möglich, die eigene Arbeit zu dokumentieren und von der eigenen Website aus zu verlinken. Aber auch wenn sie die Plattform nicht als Antragssteller nutzen, können Abgeordnete Anfragen von der Plattform kopieren und weiterverwenden. Schließlich hilft die Nutzung von FragDenStaat dabei, das Recht auf Informationsfreiheit bekannter zu machen und die (Partei-)Basis zu aktivieren, das Portal selbst zu nutzen.



Die Startseite von fragdenstaat.de

Der @MdB_Stroebele fragt zum Staatstrojaner, das @BMI_Bund empfiehlt Google & @fragdenstaat: dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/1... netzpolitik.org/2013/leistungs...

Die standardisierende Leistungsbeschreibung der für Quellen-TKÜ beim Bundeskriminalamt (BKA) eingesetzten Software ist bereits seit April 2016 für jedermann einsehbar auf der Homepage des BKA veröffentlicht. Zuvor hatte das BKA das Dokument im Rahmen eines Antrags nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) im Februar 2013 bereits herausgegeben, **seitdem war es auch im Internet (www.fragdenstaat.de) veröffentlicht**. Es handelt sich um ein technisches Dokument von zehn Seiten Länge. Ich werde darauf verzichten, es hier im Volltext zu verlesen. Sie können es aufrufen, wenn Sie **„standardisierende Leistungsbeschreibung“** googeln. Ansonsten kann Ihnen mein Haus auch gerne einen Ausdruck übersenden.

Auch das BMI empfiehlt FragDenStaat

MEHR INFOS

fragdenstaat.de
fragdenstaat.de/hilfe

KONTAKT

arne.semsrott@okfn.de

kleineAnfragen

Kleine und große Anfragen bilden einen Schwerpunkt parlamentarischer Arbeit in Deutschland. Trotzdem sind die Anfragen – und vor allem die Antworten darauf – häufig nur schwer zugänglich.

kleineAnfragen.de ändert das: Die Seite sammelt automatisiert zentral sämtliche kleine Anfragen von Bund und Ländern und ihre Antworten. So wird es möglich, unkompliziert länderübergreifende Themenübersichten aus der parlamentarischen Arbeit zusammenzustellen.

Außerdem hilft die Seite bei der Themenbeobachtung: Einzelne Stichwörter wie etwa „Berliner Flughafen“, „Polizeigesetz“ oder „Umweltschutz“ können im RSS-Feed und als E-Mail abonniert werden. Bei Erscheinen neuer Anfragen werden AbonnettenInnen automatisch benachrichtigt.

Die Dokumente von kleineAnfragen.de können außerdem händisch auf Abgeordnetenseiten eingebunden werden. Wir arbeiten daran, künftig auch personalisierte Seiten für einzelne Abgeordnete bereitzustellen und freuen uns dabei über Unterstützung.

MEHR INFOS

kleineanfragen.de

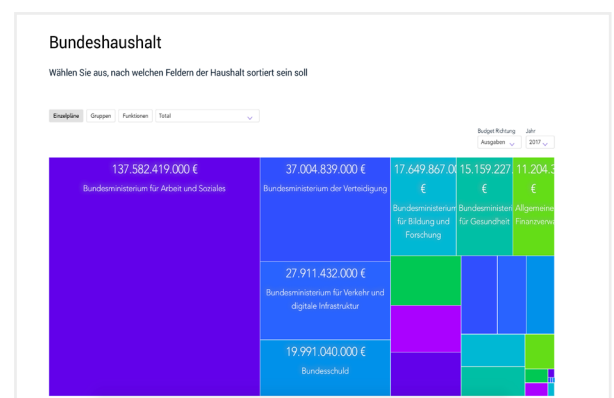
KONTAKT

maximilian.richt@okfn.de

Offener Haushalt

Ob Kommunen, Länder oder Bund – alle Parlamente verabschieden jedes Jahr einen Haushalt, der die Handlungsgrundlage für die jeweilige Regierung und die öffentliche Verwaltung bietet. Während Österreich alle Haushaltspläne maschinenlesbar veröffentlicht und visualisiert, ist dies in Deutschland noch die Ausnahme. Somit bleibt ein wesentlicher Bestandteil politischer Arbeit für viele verschlossen.

Die Plattform OffenerHaushalt.de visualisiert einfach und verständlich Haushaltspläne und schafft Transparenz für öffentliche Finanzen. Die Komplexität des Haushalts wird durch Kacheldiagramme verständlich und Filter für Pro-Kopf-Ausgaben setzen die Zahlen ins Verhältnis. OffenerHaushalt.de ist eine Open-Source-



Visualisierung des Bundeshaushalts auf offenerhaushalt.de

Software und setzt auf einen einfachen Upload-Prozess und eine gute Dokumentation zur selbstständigen Nutzung. Die Visualisierungen können auf jeder (Verwaltungs-)Webseite eingebunden werden.

Für Parlamentsabgeordnete bietet OffenerHaushalt.de die Möglichkeit, sich für ihre parlamentarische Rechenschaftspflicht stark zu machen und das Thema in die eigenen Wahlkreise zu tragen. Offene und transparente Finanzen wirken populistischen Argumenten entgegen und steigern die bürgerschaftliche Teilhabe insbesondere auf kommunaler Ebene.

MEHR INFOS

offenerhaushalt.de

KONTAKT

anna.alberts@okfn.de

Offenes Parlament

OffenesParlament.de informiert mehr Menschen über die politischen Vorgänge und macht die Arbeit des Deutschen Bundestags und die der MdBs zugänglicher und nachvollziehbarer. Über die Internetseite können alle 245 Plenarprotokolle aus der 18. Wahlperiode nach Themen, Personen, Jahren und eigenen Schlagworten durchsucht werden. Neben dem Zugang zu den Plenarprotokollen bietet offenesparlament.de umfangreiche Analysen, die zeigen, welche Abgeordneten am häufigsten sprachen und welche Themen im Zentrum der parlamentarischen Arbeit standen.

Damit soll das Angebot als Grundlage für sachliche Debatten, für eine konstruktive Beteiligung und als umfangreiches Recherche-Werkzeug für Abgeordnete und BürgerInnen dienen. Gerne erweitern wir das Projekt auch auf Landtage.

Es ist gut für Deutschland, wenn fraktionsübergreifend die Abgeordneten Deutschlands auch ein Bier miteinander trinken. Das kann hilfreich sein für die Zukunft unseres Landes jenseits des Biers.

🍻 Heiterkeit und Beifall 🍻

offenesparlament.de

MEHR INFOS

offenesparlament.de

KONTAKT

helene.hahn@okfn.de

sehrgutachten

Nachdem 2016 über 2.000 NutzerInnen in einer gemeinsamen Kampagne von FragDenStaat und abgeordnetenwatch einzelne Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes angefragt hatten, publiziert nun die Bundestagsverwaltung all ihre Arbeiten online. Da allerdings die Suche von bundestag.de nicht besonders effektiv ist, sammeln wir tagesaktuell auf sehrgutachten.de alle Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes zentral. Die Dokumente

sind im Volltext durchsuchbar, können im RSS-Feed beispielsweise nach Abteilung abonniert werden und nicht nur als PDF, sondern auch in weiteren Formaten heruntergeladen werden.

MEHR INFOS

sehrgutachten.de

KONTAKT

maximilian.reicht@okfn.de

Digiwhist

Digiwhist ist ein EU-gefördertes Projekt, bei dem sechs europäische Forschungsinstitutionen zusammen an einer Übersicht der Vergabe von öffentlichen Aufträgen arbeitet. Ziel ist es, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen effizienter und transparenter zu gestalten. Die Open Knowledge Foundation hat hierfür ein Portal mit allen offenen Vergabedaten in 33 Staaten (inklusive aller 28 EU-Mitgliedsstaaten) veröffentlicht. Die offenen Daten werden zusätzlich mit Indikatoren zu Effizienz und Transparenz analysiert.

MEHR INFOS

opentender.eu
digiwhist.eu

KONTAKT

maria.mendes@okfn.de

OParl & Politik bei uns

Die Plattform Politik-bei-uns.de macht politische Entscheidungen aus vielen verschiedenen Kommunen schnell durchsuchbar, sodass BürgerInnen ihre Politik vor Ort nachvollziehen können. So wird die Partizipation gefördert. Datengrundlage ist dabei die offizielle Dokumentation der städtischen Entscheidungen, welche in Ratsinformationssystemen dokumentiert wird. Diese Daten werden neu aufgearbeitet, schnell durchsuchbar gemacht und mit Geopositionen angereichert. Damit können sie auch auf einer Karte der eigenen Nachbarschaft bzw. des eigenen Wahlkreises angezeigt werden.

Im Hintergrund von Politik-bei-uns.de arbeitet der von der Open Knowledge Foundation entwickelte Schnittstellen-Standard OParl. Wenn eine Kommune diese Schnittstelle anbietet, können die Daten auf Transparenzportalen wie Politik-bei-uns.de weiterverwendet werden. OParl wird von einem ehrenamtlich arbeitenden Team der Open Knowledge Foundation betreut und von der Mehrheit der großen Ratsinfosystem-Hersteller unterstützt.

MEHR INFOS

oparl.org
politik-bei-uns.de

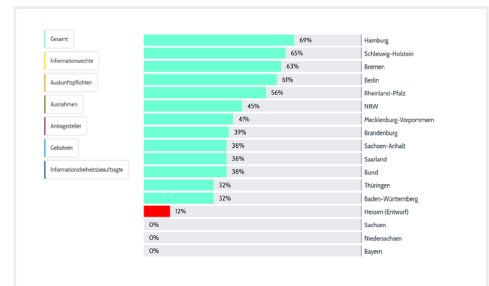
KONTAKT

ernesto.ruge@okfn.de

Transparenzranking

Im Transparenzranking vergleicht die Open Knowledge Foundation gemeinsam mit dem Verein „Mehr Demokratie“ die Informationsfreiheits- und Transparenzgesetze von Bund und Ländern anhand von 40 Indikatoren.

Das Ranking zeigt: Das Informationsfreiheitsgesetz auf Bundesebene ist weit davon entfernt, zu den besten Deutschlands zu gehören. So gibt es etwa bei den zu umfangreichen Ausnahmetatbeständen und den fehlenden Veröffentlichungspflichten großen Nachholbedarf.



IFG der Länder im Vergleich

MEHR INFOS

transparenzranking.de

KONTAKT

arne.semsrott@okfn.de

https.jetzt

Um BürgerInnen einen sicheren Zugang zu Webseiten von Behörden und Kommunen zu gewährleisten, müssen die Datenverbindungen stets https-verschlüsselt statt ungesichert über http aufgebaut werden.

Nur so kann sicher verhindert werden, dass Inhalte von Seiten oder Online-Behördenformularen während der Übertragung mitgelesen oder verändert werden.

Deutsche Verwaltungen führen – anders als andere Länder – keine Listen über die Verschlüsselung von Websites. Daher sammelt die Open Knowledge Foundation diese auf https.jetzt und zeigt dadurch auch, wie viele Webseiten der öffentlichen Verwaltung keine sicheren Verbindungen ermöglichen.

MEHR INFOS

https.jetzt

KONTAKT

maximilian.richt@okfn.de

Was
muss sich
ändern?

bundestag.de besser

Wenn es um Offenheit geht, sollte das Parlament mit gutem Beispiel vorangehen. Plenarprotokolle, Dokumente und Anträge im Bundestag sollten maschinenlesbar und frei nutzbar zur Verfügung stellen. Dabei soll die Webseite bundestag.de eine Vorbildfunktion für andere Internetseiten der Verwaltung einnehmen. Diese erreicht sie derzeit bei weitem noch nicht: So sind auch historische Daten des Bundestags vielfach noch nicht offen im Internet zugänglich und Daten über Abgeordnete nicht automatisiert über Schnittstellen verfügbar. Die Open-Data-Community hat viele Wünsche an bundestag.de – wir vermitteln gerne.

Reform des IFG

Das Handeln von Staat und Regierung soll für alle BürgerInnen transparent und nachvollziehbar sein. Zugang zu Informationen muss möglichst umfassend, unmittelbar und barrierefrei sein, um die demokratische Meinungsbildung und Teilhabe zu fördern. Das ermöglicht eine bessere Kontrolle des staatlichen Handelns und stärkt das Vertrauen in staatliche Institutionen.

Wir fordern den Ausbau des Informationsfreiheitsgesetzes zu einem Transparenzgesetz. Ausnahmeregelungen zur Verweigerung von Auskünften müssen reduziert und Gebühren gestrichen werden. Verträge für steuerlich finanzierte Aufträge müssen öffentlich einsehbar sein und als Open Data zur Verfügung gestellt werden. Zudem muss das Transparenzregister für wirtschaftliche Eigentümer (Beneficial Ownership) überarbeitet und zu einem frei zugänglichen Informationsportal ausgebaut werden. Das gleiche gilt für das Handelsregister, das ebenfalls öffentlich sein sollte.

Open Data und Open Government Partnership

Deutschland ist 2016 den Initiativen Open Government Partnership und EITI zur Rohstofftransparenz beigetreten. Darin verpflichtet es sich zu offenem Regierungshandeln. Die Bundesregierung und die Landesregierungen müssen jetzt handeln und unter anderem Open-Data-Regelungen in ganz Deutschland erlassen. Beispiele für den Nutzen offener Daten zeigen wir auf datenwirken.de sowie mit unserem Projekt Code For Germany: Aus unserer Community heraus werden hier zum Beispiel Apps entwickelt, die die Gesundheitsqualität von Leitungswasser verdeutlichen, Visualisierungen von Stolpersteinen in den Städten Bonn und Berlin und das „gläserne Klärwerk“.

Finanzierung der Entwicklung offener Standards; Open Source in Verwaltung

Öffentlich finanzierte Software muss öffentlich zugänglich sein. Die Verwaltung gibt jedes Jahr viel Geld für Software aus, deren gesellschaftlicher Nutzen höher wäre, wenn diese von allen genutzt werden könnte. Open Source-Software kann zudem von der interessierten Community auf Sicherheitslücken geprüft, von ihr genutzt und weiterentwickelt werden.

Das zeigt zum Beispiel unser Projekt Prototype Fund, durch das wir zusammen mit dem BMBF Open Source-Projekte unterstützen. Wir fordern Open Source als ein grundsätzliches Kriterium bei öffentlichen Ausschreibungen für Software. Dies betrifft außerdem den Code von Webseiten und Modulen der Verwaltung, die dadurch auch kostengünstig weiterentwickelt werden könnten.

Der offene Zugang zu Bildungsmaterialien und wissenschaftlichen Informationen fördert Bürgerbeteiligung und Innovation. Eine inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sowie Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen sind entscheidend für gesellschaftliche Partizipation und Demokratie. Wir fordern, dass staatlich finanzierte Bildungsmaterialien und Forschungsdaten ohne rechtliche und technische Hürden nutzbar sind. Öffentlich geförderte Inhalte sollten grundsätzlich mit offenen Lizenzen veröffentlicht werden. Für eine zukunftsfähige IT ist es elementar, dass Daten in offenen, gut doku-

mentierten Standards vorliegen. Werden keine offenen Standards verwendet, wird ein Lock-In-Effekt erzeugt (völlige Abhängigkeit vom Hersteller), selbst wenn diese Technologie nicht mehr weiterentwickelt wird. Das erzeugt hohe Folgekosten, und auch ein Export als Open Data wird ohne offene Schnittstelle unmöglich.

Daher fordern wir, dass sowohl bei eigenen Ausschreibungen als auch bei öffentlichen Förderungen offene Schnittstellen zur Grundbedingung werden müssen. Da es für verschiedene Themenfelder noch keine offene Schnittstelle gibt, befürworten wir ebenfalls ausdrücklich eine Förderung der Entwicklung offener Schnittstellen.

Stärkung des digitalen Ehrenamts

Von der Schadstoffmessung an der örtlichen Bushaltestelle über Plattformen für virtuelle Online-Zusammenarbeit bis hin zu Apps, die ImmigrantInnen die Orientierung im neuen Land erleichtern – es gibt immer mehr Menschen, die sich mit digitalen Mitteln ehrenamtlich engagieren und damit einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten. Das kann lokal in der eigenen Gemeinde sein oder auch in deutschlandweiten Initiativen und Organisationen.

Mehrere der Projekte der Open Knowledge Foundation, wie Code for Germany, kleineAnfragen.de und Jugend hackt, setzen auf digitales Ehrenamt, erproben Strukturen und fördern dieses Engagement. Damit Menschen sich dauerhaft engagieren, sind langfristige Strukturen notwendig, die Zusammenarbeit und Wissenstransfer ermöglichen. Entscheidend dafür ist, dass entsprechende Förderprogramme langfristig angelegt sind und so gezielt Aufbau und Erhalt der notwendigen Strukturen unterstützen. Auf diese Weise kann das zivilgesellschaftliche Engagement insgesamt gestärkt werden.



Über die AutorInnen

Die Open Knowledge Foundation Deutschland ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin und 26 Standorten in Deutschland. Wir fördern die offene Zugänglichkeit aller Formen von Wissen. Seit 2011 setzen wir uns für offene Daten, Transparenz und Beteiligung ein. Dadurch hat unsere Community zahlreiche Anwendungen mit offenen Daten entwickelt, die die Welt ein bisschen besser machen

Unsere Arbeit basiert auf ehrenamtlichem Engagement, projektbasierter Finanzierung sowie Spenden. Wenn Sie uns spenden möchten, freuen wir uns sehr darüber!

MEHR INFOS
okfn.de/spenden

Ansprechpartnerin

Anna Alberts
Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.
Telefon: 030 57 70 36 66 0
Mail: anna.alberts@okfn.de

Impressum

Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.
Singerstr. 109
10179 Berlin
Deutschland